

Woran ist das BSW gescheitert?

Marco Bitschnau¹

Doch bloß ein Strohfeuer? Nachdem das *Bündnis Sahra Wagenknecht* (BSW) im letzten Jahr noch großzügig aus Fortunas Füllhorn bedacht worden war – ein starkes Europawahl- und drei zweistellige Landtagswahlergebnisse, erste Regierungsbeteiligungen im Osten, Medienaufmerksamkeit *galore* –, erfolgte diesen Februar die unsanfte Bruchlandung der Himmelsstürmer. Mit 4,98 Prozent wurde der Einzug in den Bundestag denkbar knapp verfehlt; keine 9.500 Stimmen waren es, die am Ende den entscheidenden Unterschied ausgemacht hatten. Einen Unterschied für die ganze Republik freilich, denn wäre der Wagenknecht-Partei Erfolg beschieden gewesen, hätte sich wohl keine parlamentarische Mehrheit für eine Neuauflage der Großen Koalition ergeben. CDU, CSU und SPD hätten nach den Regeln der politischen Farbenlehre vielmehr die Grünen ins Boot holen müssen, und diese, so viel darf man annehmen, ihr Einschwenken Richtung Friedrich Merz teuer verkauft. Vermutlich säße Robert Habeck nach wie vor am Kabinetttisch, vielleicht auch Annalena Baerbock weiter im Auswärtigen Amt, hätten sich diese wenigen tausend Wähler gefunden.² Und zweifellos sähe sich eine so widernatürlich zusammengefügte Vierparteienregierung noch größeren Fliehkräften als die derzeit amtierende ausgesetzt.

Staatsräsonistisch gedacht kann man das Scheitern des BSW also begrüßen. Von der demokratietheoretischen Warte aus muss man zugleich aber feststellen, dass mit ihm nun bereits zum vierten Mal binnen vier Bundestagswahlen eine Partei an der Fünfprozenthürde vorbeigeschrammt ist und Millionen Wähler so erneut ohne parlamentarische Vertretung dastehen.³ Diesmal gar besonders unerwartet, denn dass die Linken-Abspaltung auch im 21. Bundestag vertreten sein würde, galt lange Zeit als *fait accompli*. Mitte Oktober, keinen ganzen Monat vor dem Bruch der Ampelkoalition, war sie von Forsa, Allensbach, INSA und der Forschungsgruppe Wahlen zwischen acht und neun Prozent verortet worden.⁴ Und bis in den Februar hielten sich immerhin die Sechs-Prozent-Prognosen, nach denen von einem zwar glanzlosen, aber doch einigermaßen gesicherten Erfolg auszugehen war. Noch ehe die Tinte unter dem vorläufigen amtlichen Ergebnis trocken

¹ Dr. Marco Bitschnau ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz.

² *Gefunden* ist hier aufgrund der undurchsichtigen Gemengelage um fehlende oder falsch verbuchte Stimmen durchaus im doppelten Sinne zu verstehen.

³ Bei der Bundestagswahl 2013 gelang weder FDP (4,8%) noch AfD (4,7%) der Einzug; bei der Bundestagswahl 2021 scheiterte die Linke (4,9%), war dank Grundmandatsklausel aber dennoch parlamentarisch vertreten.

⁴ INSA wies sogar für die letzte Dezemberwoche noch einen Wert von 8% aus.

war, stand daher die Frage nach dem *Warum* schwer und monolithisch im Raum. *Warum* konnte das BSW diese Chance nicht ergreifen? *Warum* hatte es letztlich doch nicht gereicht? Und *warum* war die Partei nicht imstande gewesen, ihr erwiesenes Wählerpotenzial in Wählerstimmen umzuwandeln, aus der Möglichkeit also eine elektorale Gewissheit zu formen.

Für einen ersten Antwortversuch erscheint der Verweis auf inhaltliche Gründe intuitiv naheliegend, werden Parteien – diese Annahme hält sich hartnäckig – doch vor allem aufgrund ihrer *Programmatik* gewählt.⁵ Also aufgrund dessen, was sie vertreten (oder zu vertreten vorgeben) und was sich für gewöhnlich in ihrem Wahlprogramm niederschlägt. Auch das BSW hat in seiner kurzen Geschichte einige solche Absichtsverschriftlichungen aus der Taufe gehoben, allen voran ein gerade vierseitiges Grundsatzprogramm, dessen Hauptzweck darin bestand, erste thematische Pflöcke einzuschlagen, auf denen das Parteiengebäude hernach aufzusetzen wäre: Frieden, Sozialstaat, gesellschaftliches Augenmaß.⁶ Das Europawahlprogramm war demgegenüber schon deutlich detaillierter, krankte aber an dem Umstand, dass der entsprechende Urnengang als Seismograf für die bundespolitische Wählbarkeit betrachtet und in der Folge erkennbar kurzzeitig bearbeitet wurde. Rasch geriet er zur Parade diverser Unzufriedenheiten – und das nicht ganz falsche, aber doch dutzendfach gehörte Klagelied über die „Regelungswut der EU-Technokratie“⁷ zu seinem Panier. Beileibe kein Ausbund an positioneller Raffinesse und insofern mehr Pflicht als Kür.

Dem Anfang Januar veröffentlichten und *Unser Land verdient mehr* übertitelten Programm zur Bundestagswahl lässt sich selbst bei cursorischer Betrachtung sichtlich mehr Schliff zusprechen als seinen Vorgängern. Mit 45 Seiten war es nur unwesentlich kürzer als die Programme von FDP (52) und Linkspartei (60) und rückte in stakkatohaftem Stil erneut die Themen Frieden und Sozialstaat in den Vordergrund. Vorrangiges Ziel müsse es sein, so die Präambel, den Niedergang der hiesigen „Industrie, de[n] Mangel an Lehrern, Ärzten und Pflegekräften, die fehlende Absicherung im Alter, de[n] wachsende[n] Kontrollverlust bei der Migration und die wachsende Kriegsgefahr“⁸ anzugehen. Dafür sollte unter anderem ein „Comeback-Plan für unsere Wirtschaft“⁹ mit Schwerpunkt auf gezielter Branchenförderung und wettbewerbsfähigen Energiepreisen aufgelegt und von einem Bündel sozialstaatlicher Unterstützungsprogramme flankiert werden. Zur

⁵ Gerade im Hinblick auf Parteineugründungen zeigen Ergebnisse aus Deutschland und den Niederlanden, dass „compared to the previous elections [...] new party voters did not increase congruence with their vote choices on any of the observed policy orientations.“ A. Wuttke (2020). New political parties through the voters' eyes. *West European Politics*, 43(1), 22–48, 41.

⁶ Vgl. Bündnis Sahra Wagenknecht (2024). *Unser Parteiprogramm*. Berlin.

⁷ Bündnis Sahra Wagenknecht (2024). *Programm für die Europawahl 2024*. Berlin, 19.

⁸ Bündnis Sahra Wagenknecht (2025). *Unser Land verdient mehr: Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025*. Berlin, 2.

⁹ Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 8), 9.

Finanzierung wiederum war nach altlinker Art eine Reichensteuer in Höhe von bis zu drei Prozent vorgesehen. Und in der Außenpolitik behielt man neben Pazifismus („Die Lösung von Konflikten mit militärischen Mitteln lehnen wir grundsätzlich ab“¹⁰) und Aufrüstungsunwillen auch die lang gehegte Äquidistanz in der Ukrainefrage bei.¹¹ Aus taktischer Sicht sicherlich nicht die schlechteste Option, führt man sich den beträchtlichen Teil der Wählerschaft vor Augen, der jede Feindseligkeit gegenüber Russland ablehnt oder zumindest für ein Spiel mit dem atomaren Feuer hält.

Inwieweit all das im Aggregat überzeugt, bleibt Ansichtssache, und zweifelsohne besteht auch an vagen Absichtserklärungen und Gemeinplätzen kein Mangel.¹² Dennoch ist vieles in diesem Programm prägnanter formuliert als bislang der Fall, hat man sich nicht zu sehr von der bewährten Erfolgsformel entfernt und werden sowohl mehrheitsfähige als auch dezidiert profilschärfende Positionen gleichermaßen miteinbezogen. Die Hoffnung, damit etwas vorzulegen, das links genug für traditionelle Linkswähler ist und zugleich moderat genug, um auch bei vielen Nicht-Linken zu punkten, dürfte bei Veröffentlichung keineswegs abwegig gewesen sein.¹³ Zumindest weniger als die Kommentatorenklage, man wisse noch immer nicht so recht, wofür die Partei denn eigentlich stehe – gerade scharfgeschliffene Aussagen im aufgeführten Sinne sind mit Sicherheit hilfreicher für eine solche Kartierung als die mit Valenzthemen verdickten und sich überlappenden Positionen jener Kräfte, die gemeinhin als politische *Mitte* firmieren.

¹⁰ Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 8), 4.

¹¹ Dabei wurde der russische Angriff einerseits verurteilt, andererseits aber auch die NATO als Militärallianz ausgewiesen, „deren Führungsmacht in den letzten Jahrzehnten fünf Länder völkerrechtswidrig überfallen und in diesen Kriegen mindestens 1 Million Menschen getötet hat“ und die daher geradezu zwangsläufig „Bedrohungsgefühle und Abwehrreaktionen“ schürt. Der Ukrainekrieg erscheint vor diesem Hintergrund als Stellvertreterkonflikt rivalisierender Großmächte, der eingedämmt, eingehegt und auf dem Verhandlungsweg beendet werden muss. Wiewohl diese Position in Deutschland abseits des Mainstreams steht, erscheint sie (anders als bisweilen zu hören) kaum *pro-russisch*. Dies umso weniger, als Wagenknecht den russischen Präsidenten Wladimir Putin offen als Kriegsverbrecher bezeichnet hat. Bündnis Sahra Wagenknecht (Fn. 8), 5.

¹² Was aber eher als struktureller Defekt der Textgattung geltend darf. Ein Konkurrenzprodukt, das nichts von alldem aufweist, ist dem Autor jedenfalls nicht bekannt.

¹³ Weiterhin hält sich die Behauptung, das BSW vertrete „konservativ-nationale Positionen“, wovon bei näherer Betrachtung aber nicht die Rede sein kann. Stattdessen vertritt die Partei etwa in Migrationsfragen einen gemäßigten Kurs, der das Grundrecht auf Asyl explizit bejaht und lediglich zu einer Politik geordneter Migrationssteuerung zurückkehren möchte. Inhaltlich ist sie so nicht weit von dem entfernt, was bei Christ- und Sozialdemokraten aber auch vielen Liberalen als *common sense* gilt. D. Anan (2025). Der Ausgang der Bundestagswahl 2025 – und was sich daraus über Politik lernen lässt. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, 31(1), 98–119. Weiterführend zu falschen Ideologieschubladen im BSW-Kontext auch M. Bitschnau (2025). Linkskonser-vativ, linksautoritär, linksnationalistisch? Sprachliche Wünschelrutengänge um das *Bündnis Sahra Wagenknecht*. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, 30(3), 332–347.

Wenn aber nicht das Programm ausschlaggebend für den Misserfolg war, dann vielleicht die mangelnde *Präsenz* der Spitzenkandidatin? Grundsätzlich ist es für eine junge Kraft wie das BSW natürlich von Vorteil, mit einer Persönlichkeit wie Sahra Wagenknecht aufwarten zu können. Schließlich ist die Frau, der zwei Drittel des Parteinamens gewidmet sind, eine feste Größe im hiesigen Politbetrieb. Als Linken-Vordenkerin, Bestsellerautorin, Talkshow-Gast, Lafontaine-Gattin und ehemalige Sprecherin der Kommunistischen Plattform¹⁴ steht sie seit vielen Jahren einem Millionenpublikum vor Augen und gilt diesem als Ausbund an Intelligenz und ideologischer Zähigkeit. Vor allem aber kommt ihr jene auratische Qualität zu, die man Charisma nennt und die (ähnlich wie überragende sportliche Begabung) die geeignete Bühne braucht, um zur Blüte zu gelangen. Selbst ein Naturcharismatiker wie Barack Obama konnte sie bekanntlich erst dann voll zur Geltung bringen, als er seinen Hut in den Präsidentschaftsring geworfen hatte und Millionen ihre Hoffnungen und Sehnsüchte auf seine Person projizierten.

Umgekehrt gilt freilich, dass auch der charismatischste Auftritt verkümmert, sobald man ihm den Sauerstoff der Bewusstmachung entzieht. Das Problem im vorliegenden Fall ist nun, dass Bundestagswahlen immer stärker personalisiert werden,¹⁵ insbesondere wenn sich ein Führungswechsel an der Regierungsspitze abzeichnet und mehrere zu *Kanzlerkandidaten* stilisierte Köpfe öffentlichkeitswirksam um die Macht ringen. Eben diese Kandidaten sind es, denen die Massenmedien den Löwenanteil der Aufmerksamkeit zukommen lassen; sie dürfen sich in Duellen, Triellen oder Quadrellen munter die Bälle zuspielen und dominieren den Wahlkampf in einem solchen Maße, dass die Bandbreite des politischen Angebots bald auf die Frage reduziert wird, ob man nun A, B oder C auf den Kanzlerschild heben möchte.¹⁶ Leidtragende dieser narrativen Verknappung sind Bewerber ohne direkten Regierungsanspruch, es sei denn, sie können durch Neuigkeitswert oder besondere Schlagzeilentauglichkeit auf sich aufmerksam machen. In beiden Fällen fand sich Wagenknecht indes deutlich im Hintertreffen, denn ihr Gründungsimpuls war bei Wahlkampfbeginn längst abgeklungen und ihre Bemühungen um Kontroverse verpufften angesichts der politischen Großwetterlage beinahe instantan. So fiel ihr lediglich die Rolle einer Statistin zu, eines Zaungasts, der von außerhalb des Spielfelds Parolen hineinruft, ohne dass die tatsächlichen Spieler sich davon ablenken lassen.

¹⁴ Dieser um die Verbreitung marxistischer Positionen bemühten (und von diversen Verfassungsschutzämtern beobachteten) Interessengemeinschaft stand Wagenknecht bis 2010 in leitender Funktion vor.

¹⁵ Vgl. etwa in Bezug auf die vorangegangene Bundestagswahl K. Niclaß (2022). Die Bundestagswahl als Kanzlerwahl? Personen und Parteien im Wahlkampf 2021. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 53(1), 3–16.

¹⁶ In diesem Fall: Olaf Scholz, Friedrich Merz oder Robert Habeck, wobei die ebenfalls zur Kanzlerkandidatin gekürte und medial hochpräsenante Alice Weidel die symbolische Leerstelle des *None of the above* einnahm.

Christian Lindner, ebenfalls Zentralgestirn seiner Partei und immerhin mehr als drei Jahre als Bundesfinanzminister an vorderster Front, hatte auf der anderen Seite des Spektrums mit derselben Profilierungslücke zu kämpfen: Je mehr sich die öffentliche Wahrnehmung auf das Kanzlerquartett Scholz–Merz–Weidel–Habeck kaprizierte, desto weniger gelang es dem ohnehin mit wenig wohlwollender Presse kämpfenden FDP-Vorsitzenden, ein Bein auf den Boden zu bekommen. Ähnlich wie die BSW-Gründerin sah er sich bei Debatten an den Katzentisch verbannt; ähnlich wie diese schien sein Schicksal (trotz Kokettieren mit einer *Deutschland-Koalition*¹⁷) für die Regierungsbildung unerheblich. Dabei konnte er wenigstens auf einen gewissen Funktionsapparat zurückgreifen, wohingegen beim BSW Partei und Kandidatin weit stärker ineinanderfielen und organische Strukturen sich auch ob der Kürze des Bestehens und einer rigiden Selektionspolitik¹⁸ noch nicht umfänglich herausgebildet hatten. Das Schicksal mangelnder Präsenz mochte also ein Geteiltes gewesen sein, traf das an die Person Wagenknechts gekettete Bündnis aber dennoch besonders hart. Zumal man von einer derart versierten Aufmerksamkeitserregerin wohl erwartet hätte, allen Widerständen zum Trotz zumindest ein Modikum Schlaglicht einzufangen.

Dass sie dies nicht vermochte und überhaupt eine recht krampfge Erscheinung abgab, dürfte nicht zuletzt auch dem Umstand geschuldet sein, dass das Führen einer Partei ungeahnte Reibungsflächen mit sich bringt. Stets gilt es, nicht nur das eigene Handeln in die Gleichungen der Macht einzusetzen, sondern auch das der Parteifreunde, die nicht selten mit gewetztem Messer auf ihre Aufstiegschancen lauern. So bestanden etwa seit Herbst 2024 erhebliche *innerparteiliche Zwistigkeiten* zwischen Wagenknecht auf der einen und der thüringischen Spitzenkandidatin Katja Wolf auf der anderen Seite.¹⁹ Wolf hatte sich nach einem starken Landtagswahlergebnis von annähernd 16 Prozent über die Vorgaben des von Wagenknecht dominierten Bundesvorstands hinweggesetzt und war als Finanzministerin ins Kabinett Voigt eingetreten – eine kaum verhüllte Kampfansage an die Gründerin, die sich in der Folge mit einer dreifachen Herausforderung konfrontiert sah. Erstens konnte ihr kaum daran gelegen sein, ihre fortwährend gegen das *Establishment* schießende Partei so früh in Regierungsverantwortung zu wissen. Zweitens ramponierte der Thüringer Alleingang das mühsam konstruierte Bild von Geschlossenheit und Disziplin. Und drittens ging jeder Versuch, ersteres zu korrigieren, mit dem Risiko einher, zweiteres zu verschlimmern.

¹⁷ Ein nach den deutschen Nationalfarben benanntes Bündnis aus Union, SPD und FDP.

¹⁸ Vgl. S. Schönberger (2025). There's a new kid in town – das Bündnis Sahra Wagenknecht als Herausforderung für das Parteienrecht. *Zeitschrift für Parteienwissenschaften*, 31(1), 74–97.

¹⁹ Zuletzt scheiterte Wagenknechts Versuch, Wolf aus dem Thüringer Landesvorstand des BSW zu verdrängen. Ein Grund mehr für die Annahme, dass dieser Konflikt auf absehbare Zeit weiter-schwellen wird.

Zugegeben, eine Führungsfigur vom Schlage Wagenknechts muss im Umgang mit ihrer Schöpfung einen schmalen Grat beschreiten. Wirft sie ihre Autorität in die Waagschale, sieht sie sich schnell dem Vorwurf der Herrschsucht ausgesetzt. Lässt sie die Dinge schleifen, gilt sie dagegen als schwach und orientierungslos. Sie soll entscheiden, aber nicht zu viel; ein Machtwort sprechen können, ohne es tatsächlich zu müssen; die Fahne innerparteilicher Demokratie hochhalten, ohne vom eingeschlagenen Kurs abzukommen. Es hier allen recht zu tun, ist die sprichwörtliche *Kunst, die niemand kann* – und doch darf, ja, muss man ihr den Vorwurf machen, sich bei der Auswahl ihrer Mitstreiter vergaloppiert und die Möglichkeit landespolitischer Störmanöver nicht bereits im Vorfeld eingepreist zu haben. Vom athenischen General Iphikrates berichtet Plutarch, er habe sein Lager auch auf dem Gebiet seiner Bundesgenossen stets mit Wall und Graben gesichert, und auf die Frage nach dem Grund entgegnet, der erbärmlichste Ausspruch eines Heerführers sei doch wohl, er habe eine Gefahr *nicht für möglich gehalten*.²⁰ Ersichtlicherweise hätte man sie auch in diesem Fall für möglich halten müssen, ohne dass damit die Frage nach dem richtigen Vorgehen schon zufriedenstellend beantwortet wäre.

All diesen Erklärversuchen – Programm, Strahlkraft und Zwistigkeiten – ist eigen, dass sie bis zu einem gewissen Grad Kompetenzfragen abbilden: Wer ausreichend Umsicht walten lässt, erkennt innerparteiliche Spaltungslinien oder inhaltliche Leerstellen früh genug und kann daher die notwendige Prophylaxe betreiben. Anders verhält es sich mit dem, was man als ungünstige Umstände kennt, einem inversen *kairos*, der sich Handlung und Vorausschau gleichermaßen entzieht. Man denke etwa an einen Regierungschef, der trotz guter Arbeit aus dem Amt gejagt wird, sobald im fernen Amerika eine Finanzkrise ausbricht und auf die Wirtschaft seines Landes ausstrahlt. Oder an eine Bewegung, die nach dem plötzlichen Tod ihres Gründers von Richtungskämpfen erschüttert wird und bald darauf in sich zusammenfällt.²¹ Gemeint ist also eine Art Zufallsvariable, die alle politische Arithmetik auszuhebeln vermag, sich aber nicht in der trivialen Einsicht erschöpft, die Welt sei eben kompliziert und das Handeln der Menschen kontingent und unabsehbar. Der ungünstige Umstand ist mehr als die bloße Konsequenz fehlender Handlungsallmacht – er ist ein konkreter, gegen das eigene Vorhaben gerichteter Ereigniszusammenhang.

²⁰ Plutarch, *Regum et imperatorum apophthegmata* (zu finden im zweiten Band der *Moralia*, hrsg. von W. Nachstädt, W. Sieveking und J. B. Titchener, 1971, Nr. 187 A). Der gleiche Ausspruch wird von Seneca dem Fabius Cunctator und von Valerius Maximus dem Scipio Africanus zugeschrieben.

²¹ Das wohl beste Beispiel hierfür ist die *Lijst Pim Fortuyn* in den Niederlanden. Nachdem ihr Parteigründer von einem Tierrechtsaktivisten erschossen worden war, konnte sie sich (trotz eines solidaritätsgetriebenen Achtungserfolgs bei den Parlamentswahlen 2002) nicht weiter behaupten und zerfiel alsbald.

Im Fall des BSW kommt diesem eine temporale ebenso wie eine substanzielle Dimension zu. Erstere entspricht dem, was man salopp *bad timing* nennt und sich primär im mangelnden Bewältigungsvermögen des Wahlvorzugs spiegelt. Anders als Union, SPD und Grüne, die für jede politische Eventualität vorsorgen und in Windeseile Kampagnen initiieren können, tat sich das mit dünner Personaldecke ausgestattete und in der Fläche nur unzureichend verwurzelte Bündnis schwer, seine Wahlkampfplanung um etliche Monate vorzuverlegen.²² Dazu kam auf substanzieller Ebene die Erfolgsdynamik der Linkspartei, die ihre zeitweilig prognostizierten zwei Prozent binnen Wochen vervierfachen konnte. Eine lazarusgleiche Auferstehung, für die sich zwar ein formidables Begründungsbündel schnüren lässt,²³ die aber vor allem durch eine Episode Fahrt aufnahm: die Entscheidung der Union, einen zurückgestellten Entschließungsantrag zur Grenzsicherung in den Bundestag einzubringen und mit AfD-Stimmen zu verabschieden.²⁴

Ob der damit verbundene Plan aus christdemokratischer Sicht aufging, ist strittig. Nicht aber, dass mit ihm der Linkspartei (und nicht etwa der AfD) ein erstklassiger Steigbügeldienst geleistet wurde. Denn kaum war das Vorhaben in der Welt, gelang es deren Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek, den Empörungssacker mit einer so emotionalen wie medienwirksamen Rede zu bewirtschaften.²⁵ Merz, so der sich überschlagende Tonus, sei ein neuer Franz von Papen, der einen historischen „Dammbbruch vollzieht und mit Rechtsextremen paktiert“ – und wer ihm beim Urnengang die fällige Abfuhr erteilen wolle, dürfe keinesfalls einen der etwaigen Unionspartner wählen, sondern allein die Linke als authentisch antifaschistische Gegenmacht. Schnipsel und Mitschnitte dieser Suada verbreiteten sich im Handumdrehen im digitalen Raum, machten Reichinnek zum *Star* und ließen sie jene Rolle einnehmen, die sich Wagenknecht unter anderen Vorzeichen wohl selbst gerne zugedacht hätte: die der wortgewaltigen Streiterin gegen ein unzuverlässiges und sklerotisches Zentrum. Dass es zum Selbstverständnis des BSW gehört, die bessere und vernünftigere Linkspartei zu sein, eine Linkspartei, die nicht jeder progressistischen Verirrung nachläuft, sondern sich in erster Linie auf Umver-

²² Vgl. L. Caspari (2024). Unter Stress. *Zeit.de*, 22.11.2024, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2024-11/buendnis-sahra-wagenknecht-neuwahl-umfrage-thueringen>.

²³ Zu nennen wären hier etwa die Vorbehalte links stehender Sozialdemokraten angesichts einer möglichen Regierungsbeteiligung der SPD sowie der an der grünen Basis auf Unmut stoßende Zehn-Punkte-Plan Robert Habecks zur effektiven Migrationssteuerung.

²⁴ Dies indes nicht aus politischer Hasardeurslust, sondern um dem Einbringen des Antrag durch die AfD zuvorzukommen. In einem solchen Fall hätte man schließlich gegen selbigen stimmen müssen.

²⁵ Vgl. J. Schröder (2025). Wie eine Bundestagsrede die Linken-Spitzenkandidatin Heidi Reichinnek zum Social-Media-Star gemacht hat. *Meedia.de*, 05.02.2025, <https://meedia.de/news/beitrag/18643-wie-eine-bundestagsrede-die-linken-spitzenkandidatin-heidi-reichinnek-zum-social-media-star-gemacht-hat.html>. Die vollständige Rede (die mit den Worten „Auf die Barrikaden!“ schließt) findet sich im Plenarprotokoll 20/209 der Sitzung vom 29.01.2025 (S. 27084–27085).

teilung besinnt,²⁶ verlieh dem Sachverhalt erst recht eine bittere Note. Denn offensichtlich hatte der Wähler auf einmal anderes im Sinn.

So bleibt am Ende festzuhalten, dass das BSW trotz günstiger Voraussetzungen mit seinem Versuch, die hiesige Parteienlandschaft durcheinanderzuwirbeln, vorerst gescheitert ist. Und dies allem Anschein nach nicht aufgrund positioneller Schwachbrüstigkeit, sondern als Folge eines Dreiklangs aus medialer Unterpräsenz, fehlender Geschlossenheit und des nicht für möglich gehaltenen Ausbruchs der Linkspartei aus ihrer Parteiengrabkammer. Man mag sich scheuen, die abgegriffene Metapher des *perfekten Sturms* zu bemühen, doch unzweifelhaft ist für die mit großen Hoffnungen ins Bundestagsrennen gegangene Wagenknecht-Partei vieles schiefgelaufen, was nicht hätte schieflaufen sollen und in dieser Form auch nicht zu erwarten war. Ein glücklicherer Wahltermin, keine Querschüsse aus den Landesverbänden, etwas weniger Rückenwind für die Konkurrenz von links – einer dieser Faktoren hätte mutmaßlich genügt, um den knapp verpassten Einzug doch noch zu bewerkstelligen. Und mit ihm nicht nur eine Neuvermessung der Berliner Machttopografie, sondern auch die Hineingabe eines weiteren Dynamisierungselements in die im internationalen Vergleich noch immer stabilen bundesrepublikanischen Verhältnisse.

So aber ward die Chance vertan und die Partei strebt einer ungewissen Zukunft entgegen. Hoffnung dürfte ihren Anhängern geben, dass Wagenknecht den angedrohten Rückzug aus der Politik noch nicht umgesetzt hat und es absehbar auch nicht wird. Ebenfalls auf der Habenseite verbuchen lassen sich die gefestigte Ausgangslage im Osten und der Fakt, dass man trotz allem das beste Ergebnis einer erstmals angetretenen Partei in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik eingefahren hat: mehr als die AfD (2013: 4,7%) und erst recht als die Grünen (1980: 1,5%). Auf der anderen Seite lässt sich jedoch kaum leugnen, dass der Verlust der Bundestagspräsenz einen schweren Schlag ins Kontor darstellt und dem BSW eine unerwartete Rolle aufbürdet. Anstatt sich im Parlament als entschiedene Alternative profilieren zu können, deren Vorsitzende dem Kabinett Merz vom Rednerpult aus die Leviten liest, steht nun der Gang in die Wüstenei der außerparlamentarischen Opposition an. In diesen kargen Gefilden ist mediale Aufmerksamkeit freilich noch rarer, ist es also noch schwieriger, der ganz im Banne Berlins stehenden Öffentlichkeit im Gedächtnis zu bleiben und bis zum Zeitpunkt eines etwaigen *Comebacks* auszuharren. So bleibt wohl vor allem der Glaube, dass es auch der vierten schwarz-roten Regierung dieses Jahrtausends nicht gelingen wird, die immer sichtbarer aufbrechenden Antagonismen der Gesellschaft einzuhegen und ebenso glaubhafte wie breitenwirksame Kurskorrekturen in der Migrations- und Wirtschaftspolitik vorzunehmen.

²⁶ Vgl. Bitschnau (Fn. 13).